

20 Jahre
EFriEnt

Den Sahel neu denken.

Briefing

Oktober 2021

Zur Zukunft von Staat,
Klimaschutz und
Friedensinitiativen

Zukunft braucht
Friedensförderung

Zur Zukunft von Staat, Klimaschutz und Friedensinitiativen

Das vorliegende Briefing beschäftigt sich mit der Frage, wie die Sahelstaaten in Zusammenarbeit mit Deutschland und der EU mehr Frieden und Sicherheit für die Region fördern können. Der Fokus liegt dabei einerseits auf der tiefgreifenden Krise des postkolonialen Staatsmodells. Andererseits wird es um eine effizientere Gestaltung ziviler Konfliktlösungsansätze gehen sowie deren gezielte Unterstützung durch Deutschland und die EU.¹ Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den aktuellen Konflikten für die politische Zukunft der Staaten im Sahel ziehen? Welche politischen Maßnahmen können sich vor dem Hintergrund klimabedingter Veränderungen positiv auf Landkonflikte auswirken? Gibt es bereits umgesetzte Reformen und Initiativen, die besondere Aufmerksamkeit verdienen und lassen sich diese produktiv in Friedensansätze integrieren? Um diese Fragen zu beantworten, geht das Briefing auf zwei Themenschwerpunkte ein. Zunächst beschäftigt es sich mit einer politischen Integration der Bevölkerung durch neue Dezentralisierungsmaßnahmen. Anschließend analysiert es Landkonflikte in der Region. Sie hängen nicht nur mit klimabedingten Veränderungen und Konflikten zwischen pastoralnomadisch und agrarisch lebenden Bevölkerungsgruppen zusammen, sondern müssen vor allem auch historisch und in Hinblick auf die staatliche Landpolitik untersucht werden.

¹ Das vorliegende Briefing stellt Empfehlungen aus einem Fachgespräch zur friedenspolitischen Strategie im Sahel zusammen. Daran nahmen Expert*innen aus der Region teil, darunter der Journalist Manzo Diallo (Niger), der Politiker Ousmane Sy (Mali) und der UFC-Vorsitzende François-Paul Ramdé (Burkina Faso). Die Autorin dankt allen Beteiligten für ihre wichtigen Beiträge.

Contents

1. [Die Konfliktsituation im Sahel](#) →
2. [Dezentralisierung und politische Integration](#) →
3. [Die internationale Entwicklungszusammenarbeit](#) →
4. [Die Zukunft des Staates](#) →
5. [Landrechtsreformen umsetzen](#) →
6. [Friedenspolitik mit und jenseits des Staates](#) →
7. [Zivilgesellschaft richtig fördern, Ressourcenabbau fair gestalten](#) →
8. [Soziale und politische Ursachen der Krisen behandeln](#) →
9. [Bibliographie](#) →

Die Konfliktsituation im Sahel.

Ortsspezifisches Wissen und kultursensible Konfliktlösungen können Gewalt reduzieren

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass viele Menschen in den Sahelstaaten sowohl der staatlichen als auch der internationalen Politik zunehmend kritisch gegenüberstehen. Expert*innen aus der Region berichten über ein steigendes Misstrauen aufseiten der Bürger*innen (Rahmane&McGann 2021). Dieses Misstrauen gilt einerseits der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die weite Teile der Bevölkerung – insbesondere im ländlichen Raum – nicht erreicht. Andererseits fehlt das Vertrauen in die lokalen Gebietskörperschaften, deren Dezentralisierungsvorhaben oft unterfinanziert sind und aufgrund fehlender oder unzureichender Einbindung ortsansässiger Institutionen wenig effektiv bleiben. Hinzu kommen inter- und intrakommunale Konflikte, die sich bereits seit Jahren verschärfen. Sie werden nicht nur durch klimabedingte Veränderungen und einen Mangel an Ressourcen (u.a. Weideland und Wasser) intensiviert. Auch die staatliche Landenteignungspolitik im Kontext von (inter)nationalen Großprojekten, z.B. im Bereich des Goldabbaus, beeinflusst die Konflikte negativ (ICG 2019). Zudem sind insbesondere die ruralen Gebiete der Sahelstaaten

durch hohe Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildungsangebote geprägt. Insbesondere Jugendliche in ländlichen Regionen rechnen sich wenig Zukunftschancen aus, was sie leicht in die Fänge terroristischer Gruppierungen treiben kann (De Bruijn & Both 2018; Hagberg et al. 2019). Die rekrutieren Anhänger*innen, indem sie die politischen und ressourcenbasierten Konflikte in Gemeinschaften sowie die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen ausnutzen und falsche Versprechungen machen (de Bruijn 2019). Lösungen für diese Probleme werden oft von der Bevölkerung selbst entwickelt. Derzeitige lokale Friedensverhandlungen zeigen, dass ortsspezifisches Wissen und kultursensible Konfliktlösungsmechanismen zumindest das Potential mitbringen, Gewalt zu reduzieren (Bagayoko 2021; Mednick 2021). Zugleich bleibt ihr Einfluss aber aufgrund der lokalen Reichweite und einer mangelnden Kooperation mit staatlichen Gebietskörperschaften begrenzt. Zivilgesellschaftliche Akteure finden vor diesem Hintergrund zu wenig Gehör, um die breiter angelegten internationalen Friedensprogramme zu beeinflussen. Offen bleibt außerdem, inwieweit der „Globale Norden“ positiv zu den Verhandlungen beitragen kann (Schmauder 2021).

Dezentralisierung und politische Integration.

Mehr Sensibilität für die historischen und politischen Bedingungen der Sahelstaaten aufbringen

Ein Großteil der Konflikte im Sahel ereignet sich fernab der urbanen Zentren. Sie haben die Sicherheitslage der vergangenen Jahre so weit verschärft, dass einige Bürgermeister*innen und Präfekt*innen ihre Gebietskörperschaften vollständig aufgegeben haben. Da es den staatlichen Sicherheitsinstitutionen an vielem fehlt, z.B. an Ausbildung und Ausrüstung, können sie die komplexen Konfliktgemenge nur schwer bewältigen. Darüber hinaus wurde wiederholt über das gewalttätige Vorgehen von staatlichen Sicherheitskräften berichtet, was das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bevölkerung zusätzlich belastet (HWR 2018). Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen stellt sich die Frage, wie Dezentralisierungsmaßnahmen in Zukunft gestaltet werden können. Wie kann die Präsenz des Staates in ländlichen Gebieten gestärkt und zugleich das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bevölkerung aufgebaut werden?

“ Die Federführung im Tschad lässt sich nicht mit semi-demokratischen Führungsmodellen wie in Burkina Faso vergleichen.

Damit Dezentralisierungsreformen wirken, werden nicht nur mehr finanzielle Mittel benötigt, sondern auch ein politischer Wille, der sich von der zentralstaatlichen Ebene bis hin zu den periphersten Gebietskörperschaften erstreckt. Insbesondere die regionalen Gebietskörperschaften im Sahel können nur ausgebaut werden, wenn gleich mehrere Bedingungen erfüllt sind. An erster Stelle steht, mehr Sensibilität für die historischen und politischen Bedingungen der unterschiedlichen Sahelstaaten aufzubringen. Die autoritäre Federführung im Tschad lässt sich nicht mit semi-demokratischen Führungsmodellen wie in Burkina Faso vergleichen (Harsch 2017; ICG 2021). Initiativen zur Dezentralisierung lassen sich entsprechend nur durch eine kontextspezifische politische Wende glaubwürdig und wirksam umsetzen. Zugleich gibt es staatenübergreifende Herausforderungen, wie z.B. den Machtmissbrauch durch politische Eliten. Dieser wäre nur durch Kontrollsysteme eingrenzbar, die landesweit verbindlich gemacht werden. Das erfordert vor allem eines: die intrinsische Motivation auf allen Ebenen der Regierungen, neue Reformen zu entwickeln, die auf verbindlichen Prinzipien der Good Governance aufbauen. Dafür gilt es besser zu verstehen, welche Formen und welches Ausmaß des Machtmissbrauchs in den jeweiligen Ländern einen Tabubruch darstellen. Nur auf diese Weise können kulturell und politisch sensible Indikatoren und Kontrollmechanismen entwickelt werden, die Verbindlichkeit erzeugen (Lierl 2019).

Doch lassen sich auf den Weg gebrachte Reformen und eine Reformulation politischer Prinzipien nur in die Tat umsetzen, wenn ein politischer Konsens zwischen zivilgesellschaftlichen und

staatlichen, lokalen und regionalen Organisationen gefunden wird. Dafür müssten Prinzipien und Wertvorstellungen von Staat und Bevölkerung neu ausgehandelt und verbindlich gemacht werden. Ein mögliches Ziel dieser Aushandlungen soll sein, die "Natur des Staates" neu zu denken und auf diesem Wege einen neuen Gesellschaftsvertrag abzuschließen (Ouédraogo 2021). Auf ziviler Seite wäre das Potential dafür da: Insbesondere junge Menschen sind informierter und selbstbewusster geworden. Sie engagieren sich in ihren Gemeinschaften auf vielfältige Weise, allerdings oft ohne eine starke institutionelle Struktur, die ihre Aktivitäten nachhaltig fördert. Diese Menschen zu identifizieren und sich ihren eigenen Ideen für einen gesellschaftlichen und politischen Neuaufbau zu öffnen ist zentral, um einen politischen Konsens zu erreichen

Welchen Beitrag kann die internationale EZ vor diesem Hintergrund leisten? Sich auf die Zivilgesellschaft zu stützen, ohne den Zentralstaat zu integrieren, ist kaum nachhaltig. Viele entwicklungspolitische und infrastrukturelle Maßnahmen sind auf den Willen und die Kapazitäten des Staates angewiesen: Zum Beispiel müssen für Krankenhäuser und medizinische Sensibilisierungsmaßnahmen von staatlicher Seite Mittel zu Verfügung gestellt werden, die die Kosten für medizinisches Personal und die Instandhaltung der Gebäude langfristig decken. Zivilgesellschaftliche und staatliche Infrastrukturen greifen ineinander und können der Bevölkerung nur durch enge Abstimmung nachhaltig zur Verfügung stehen.

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Die Interessengruppen einbinden und ein offenes Klima der Aushandlung erzeugen

Für die deutsche und europäische EZ ergibt sich daraus die Vorgabe, die Beziehung zwischen dem Staat und der Gesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Maßnahmen zu rücken. Das bedeutet, Vorhaben an der Frage zu orientieren, wie staatliche Legitimität gestärkt werden kann und welche Maßnahmen dafür benötigt werden (Devermont & Harris 2020; Schmauder 2020). Der massive Ausbau staatlicher Strukturen in ländlichen Regionen wäre in der Theorie zentral. Er erfordert aber in der Praxis eine Intensivierung partizipativer Dialogformate sowie transparente Diskussions- und Entscheidungsforen mit Gebietskörperschaften und Gemeinschaften. Von Bedeutung ist dabei auch, Akteure mit Reformwillen zu identifizieren und zu unterstützen. Ein Top-Down Ansatz der internationalen EZ wäre vor diesem Hintergrund wenig konfliktsensibel. Wichtiger wäre, Akteure mit politischem Gestaltungswillen auszumachen und mit diesen in einen offenen Dialog über die Zukunft von staatlichen Strukturen zu treten. Die gibt es auf allen Ebenen: von der Zentralregierung und den Gebietskörperschaften bis hin zu den Gemeinschaften, in denen traditionelle Autoritäten und zivilgesellschaftliche Akteure das soziale und politische Bindeglied zur Bevölkerung darstellen. Es gilt, die unterschiedlichen Interessengruppen gleichwertig in die Umsetzung von Dezentralisierungsreformen einzubinden und ein offenes Klima der Aushandlung zu erzeugen, um den Brückenschlag zwischen nationaler und lokaler Ebene sinnvoll zu unterstützen (Bertrand 2021). Das kann nur gelingen, wenn die EZ die Sichtweisen und Problemanalysen der Akteure vor Ort ernst nimmt und sich bereit erklärt, vor Ort entwickelte Lösungsansätze flexibel zu unterstützen (Autesserre 2021).

“Prinzipien und Werte von Staat und Bevölkerung müssen neu ausgehandelt werden.

“Es gilt, in einen offenen Dialog über die Zukunft von staatlichen Strukturen zu treten.

Die Zukunft des Staates.

Eine neue politische Wertegemeinschaft aufstellen

Eine nachhaltige Stabilisierung der Region scheint ohne eine Aufarbeitung der Vergangenheit an der Schnittstelle von Staat, Zivilgesellschaft und Bevölkerung nur schwer realisierbar. Diese Auseinandersetzung beinhaltet sowohl eine Aufarbeitung der kolonialen Geschichte der Region sowie eine politische und ökonomische Emanzipierung des Kontinents. Es sei wichtig, so der Ökonom Felwine Sarr, "dass sich Afrika seiner kulturellen Wurzeln besinnt" (Interview in Weiss 2019; siehe auch Sarr 2016). Dahinter verbirgt sich sowohl der Ruf nach einer kollektiven Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit, als auch nach einer Neuaufstellung der postkolonialen, politischen Wertegemeinschaft (Daoud 2021). Massive Anstrengungen in diese Richtung scheinen unausweichlich, um politische Spannungen in ländlichen Gebietskörperschaften zu entschärfen. Zwar befördern Klimawandel und demographisches Wachstum einen wachsenden Ressourcen- und Druck (Nunn & McGuirk 2021), doch müssen primär vergangene und anhaltende politische Versäumnisse auf nationalstaatlicher Ebene als Ursache für eine Verschärfung von inter- und intrakommunalen Konflikten verstanden werden (Benjaminsen & Ba 2021). Demzufolge schrumpfen die Lebensräume der verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht nur durch das Ausbleiben eines nachhaltigen Ressourcenmanagements, sondern auch durch eine seit Jahrzehnten anhaltende, strukturelle Ungerechtigkeit bei der Verteilung und Verwaltung von Land. Die Konfliktszene, die daraus entstanden sind, werden von terroristischen Gruppierungen instrumentalisiert (DIIS 2021). Sie sind historisch gewachsen sowie politisch gefärbt und damit nur teilweise auf agrarische und pastoralnomadische Lebensweisen zurückzuführen. Um sie angemessen zu schlichten, gilt es ihre Geschichte zu verstehen und dabei vor allem die Sichtweisen marginalisierter Gruppen zu berücksichtigen (Osaghae 2017). Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen setzt sich das Briefing im Folgenden näher mit Ansätzen zur Entschärfung von drei verschiedenen Konfliktlinien auseinander.

“ Ruf nach einer kollektiven Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit sowie einer Neuaufstellung der politischen Wertegemeinschaft.

Landrechtsreformen umsetzen.

Inklusive Dialogformate und Sensibilisierungsmaßnahmen beziehen betroffene Akteure ein

Ein erster wichtiger Schritt wäre es, bereits angestoßene, aber selten umgesetzte Landrechtsreformen in die Praxis umzusetzen. Klimawandel, Gender und Landvergabe sollten zusammengedacht werden, angefangen mit einem gleichberechtigten legalen Zugang zu Land. In Burkina Faso ist die Rechtsvorschrift dafür bereits eingeführt worden (Hopp 2020). Hier fehlt es jedoch an Transparenz, an einer Umsetzung durch den Staat sowie an umfangreichen Sensibilisierungskampagnen, um insbesondere marginalisierte Teile der Bevölkerung über ihre Rechte aufzuklären. Eine finanzrechtliche Reform aus dem Jahr 2017 in Benin zeigt, wie sinnvoll es sein kann, formale Registrierungsgebühren zu senken, um Frauen und anderen vulnerablen Gruppen den Zugang zu Land zu erleichtern (ebd.). In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, auch ein Augenmerk auf Frauenorganisationen zu richten, die für relevante gesellschaftspolitische Bereiche (z.B. Bildung) ein oft unbeachtetes Potential mitbringen (Hagberg et al. 2021). Eine Förderung weiblicher Initiativen würde die Rechte und politische Teilhabe von Frauen stärken, was wiederum Einfluss auf ihr politisches Mitspracherecht im Bereich Frieden und Landrecht bedeutet.

“ Klimawandel, Gender und Landvergabe zusammendenken.

Wenn es um Landkonflikte geht, spielen auch der globale Klimawandel und der daraus resultierende Ressourcendruck eine zentrale Rolle. Es gilt, Landwirtschafts- und Ernährungssysteme im Sahel neu zu denken. Der "Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen" argumentiert unter anderem für die Renaturierung zur Reduzierung von CO₂-Emissionen, den intensiven Schutz sensibler Ökosysteme, die Diversifikation von Landwirtschaft sowie für eine Veränderung des Ernährungssystems (WBGU 2020). Bei Letzterem wird vor allem auf das Konsumverhalten der Industrieländer verwiesen, das den weltweiten Klimawandel maßgeblich beeinflusst. Eine zentrale Herausforderung, die sich in Hinblick auf die rapide Degenerierung von Böden im Sahel stellt, ist die Suche nach einem Gleichgewicht zwischen Renaturierung, Ökosystemerhalt und Ernährungssicherheit. Klimabedingte Veränderungen haben außerdem eine politische Dimension. Dort wo ausländische Minenbetreiber im Sahel Land zerstören und unzugänglich machen, braucht es deutlich mehr (Rechts)Schutz für die dort lebenden Bevölkerungsgruppen (ICG 2019). Die Verantwortung für eine gerechte Verteilung von Land liegt hier zunächst bei den Zentralregierungen. Die könnten zwischen ortsspezifischen Gewohnheitsrechten und staatlichem Landrecht vermitteln und dafür Sorge tragen, dass die Interessen ihrer Bürger*innen gewahrt werden.

Auch wenn es um die Vergabe von Land geht, gilt es die schädliche Rolle der Minenindustrie zu berücksichtigen. Hier hat zuletzt die burkinische Regierung einen Impuls in die richtige Richtung gegeben. Mit dem Fonds Minier de Développement Local, der im Jahr 2015 durch eine Reform des nationalen Bergbaurechts eingerichtet wurde, verpflichtet die Regierung Minenfirmen dazu, jeden Monat 1 Prozent ihres Umsatzes in den Fonds einzuzahlen. Zusätzlich steuert der Staat 20 Prozent seiner Steuereinnahmen bei. Der Fonds wird dann an die betroffenen Kommunen ausgeschüttet (Drechsel et al. 2019). Entsprechende Maßnahmen signalisieren den Gemeinschaften vor Ort zumindest eine gewisse Bereitschaft der Regierung, ihre Interessen in Reformvorhaben umzusetzen. Sie beteiligen die Gemeinschaften an Gewinnen, die auf ihrem Land gemacht werden. Würden diese Reformen großflächig in die Tat umgesetzt werden, hätten sie das Potential, die Legitimität des Staates und das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken. Die Vergangenheit zeigt jedoch, so die Expert*innen, dass ohne die Einbindung aller an Land- und Minenrecht beteiligten Interessenvertreter*innen wenig in Bewegung kommt. Regelmäßige inklusive Dialogformate, Sensibilisierungsmaßnahmen und Diskussionsforen wären denkbar, um die betroffenen Akteure aktiv einzubeziehen. Ohne ein dauerhaftes Begleitprogramm zu Landrechtsreformen können die zentralstaatlichen Institutionen nicht konsequent in die Verantwortung genommen werden.

Friedenspolitik mit und jenseits des Staates.

Interessen zwischen nomadischen und sesshaften Gemeinschaften ausgleichen

Die Konflikte zwischen pastoralnomadisch und sesshaft lebenden Gruppen erfordern zusätzlich Anstrengungen für Konfliktlösung und Versöhnung. Hier engagieren sich lokale Vereine und Organisationen für interkulturelle Friedensdialoge zu und jenseits von Landkonflikten. Theaterprojekte, wie das Festival Récréatras in Ouagadougou (Carp 2021) oder der Caravane pour la paix² in Mali zeigen ein besonders großes Potential. Ihre Stärke liegt nicht nur in kultursensibler Kommunikation. Mit ihrem performativen Ansatz unter Verwendung lokal gesprochener Sprachen sind sie in der Lage, auch ländliche Regionen mit niedrigen Alphabetisierungsraten für Konfliktgemenge zu sensibilisieren.

² <http://www.culturalcaravanforpeace.org>.

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben oft mehr Vertrauen in der ländlichen Bevölkerung. Damit haben sie auch Zugang zu vulnerablen Bevölkerungsgruppen und können Mechanismen der Konfliktprävention kultursensibel umsetzen (Jackson 2017). Ihr Fokus könnte dabei unter anderem auf Maßnahmen liegen, die eine Integration der pastoralnomadisch lebenden Bevölkerungsgruppen befördern. Sie gehören zu den am stärksten diskriminierten und benachteiligten Gruppen der Sahelregion (McGregor 2017; Sangare 2019). Zur Versorgung ihres Viehs nut-

zen sie grenzübergreifend Ressourcen wie Wasser und Weideland und geraten zu bestimmten Jahreszeiten in Konflikt mit sesshaften Bauern und Bäuerinnen, deren Land sie häufig überqueren müssen. Ihre Bedürfnisse zu verstehen und in staatlichen Reformversuchen zu berücksichtigen, ist ein Schlüsselement der Konfliktprävention (HD 2019; Köhler 2021; im Erscheinen Schareika et al. 2021). Zugleich gilt es, historische Dynamiken zu berücksichtigen, zu denen auch vergangene Entwicklungsprogramme gehören. Sie nehmen bis heute Einfluss auf die demographischen, sozialen und ökonomischen Konstellationen in den Konfliktregionen und liefern wichtige Einsichten zur zukünftigen Gestaltung von internationalen Projekten (Benjaminsen & Ba 2021). Hier verdient vor allem die Expertise von zivilgesellschaftlichen Organisationen – zu denen auch Viehzüchtervereine gehören – besondere Aufmerksamkeit von internationalen und staatlichen Förderstrukturen. Sie haben Zugang zu agrarisch und pastoralnomadisch lebenden Gruppen und können anhaltende Kontroversen durch kulturelle Konfliktlösungsstrategien, wie z.B. die Stärkung von Scherzbeziehungen (*sanankuya*), entschärfen. Es handelt sich dabei um auf Humor, Solidarität und Spott basierende Allianzen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, durch die auch Kritik geäußert und Konflikte geklärt werden (Kouyaté 2009).

Zivilgesellschaft richtig fördern, Ressourcenabbau fair gestalten.

Die Rechte der Menschen schützen und Schäden kompensieren

Eine letzte Frage lautet, wie Deutschland und die EU einen konfliktsensiblen und zugleich nachhaltigen Beitrag zur zivilen Konfliktlösung im Sahel leisten können. In Hinblick auf westafrikanische zivilgesellschaftliche Initiativen, die durch die internationale EZ gefördert werden, betonen Expert*innen die Notwendigkeit neuer Partnerschaftsmodelle entlang einer Do-No-Harm-Strategie. Diese Modelle müssen unter anderem dafür Sorge tragen, dass lokale Nichtregierungsorganisationen (NRO) nachhaltig und angepasst an ihre institutionellen und operativen Bedingungen unterstützt werden (Green 2016). Außerdem gilt es, den NRO in den Sahelstaaten mehr Flexibilität und Entscheidungsmacht bei der inhaltlichen Ausrichtung, Planung und Umsetzung von Projekten in der Konfliktbearbeitung zu geben. Wichtig wäre zum Beispiel die Entwicklung großflächiger Förderformate, die lokale NRO sowie ihre vorhandenen Projekte im Sahel direkt unterstützen und die einen Fokus auf die Stärkung autonomer institutioneller Strukturen legen (Bond 2016; Kalfelis & Wagner 2019; Kalfelis 2020; Ouédraogo 2021). Auf diese Weise ließe sich die Expertise der Akteure vor Ort produktiver nutzen. Eine nachhaltige Umsetzung ortsspezifischer Ideen wäre außerdem für sensible Prozesse der Versöhnung und des Vertrauensaufbaus von besonderer Bedeutung (Rahmane & McGann 2021).

“ Es braucht eine Do-No-Harm Strategie für Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit.

Zusätzlich kann die deutsche und europäische EZ durch politische Initiativen einen Beitrag dazu leisten, dass der ausländische Ressourcenabbau, sowie die (inter)nationalen Produktions- und Entwicklungsprogramme konflikt- und klimasensibel umgesetzt werden. Die Anstrengungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales darin, Umwelt- und Sozialstandards in globalen Lieferketten gesetzlich verbindlich zu machen, sind ein Beispiel dafür, wie politische Veränderung bei der Abtragung natürlicher Ressourcen aussehen könnte.³ Hier sind staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure gleichermaßen gefragt. Ein konkretes Ziel wären verbindliche und sinnvolle Kompensationsmechanismen für angeordnete Umweltschäden durch ausländische Minenbetreiber. Erstens empfehlen Expert*innen anstatt rein finanzieller Kompensationen die Bereitstellung von alternativen Landstücken, um existentielle Strukturen vor Ort nachhaltig zu schützen. Sie können zusätzlich an die Förderung von angepassten Anbautechniken und Tröpfchenbewässerungssystemen bzw. Maßnahmen gegen Bodendegradation gebunden werden. Zweitens muss die Vertreibung von

³ <https://www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/lieferketten-gesetz> unter <https://mkalfelis.wordpress.com/498-2/>.

Gemeinschaften durch den Goldminenbau verhindert oder durch die soeben beschriebenen Kompensationen ausgeglichen werden. Drittens gilt es zu stoppen, dass der industrielle Bergbau den handwerklichen Bergbau (*orpaillage*) zerstört. Viele Menschen leben von Bergbau und klagen über die wirtschaftlichen Schäden, die ihnen aufgrund eines verwehrten Zugangs zu den Minen durch ausländische Firmen entstehen. Auch in diesem Zusammenhang werden immer wieder Kompensationen von Seiten der Bevölkerung gefordert (Engels 2020; 2021).

Soziale und politische Ursachen der Krisen behandeln.

Militärische Ansätze und die Unterstützung gescheiterter staatlicher Strukturen überdenken

Die Konflikte in der Sahelregion machen deutlich, dass lokale, nationale und globale Praktiken und Ziele noch stärker aufeinander abgestimmt werden sollten. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei vor allem Aktivitäten, die soziale und politische Ursachen der Krisen behandeln. In der Coalition citoyenne pour le Sahel haben sich verschiedene westafrikanische Nichtregierungsorganisationen (NRO) zusammengeschlossen, um auf die vornehmlich militärische Strategie der französischen Initiative "Koalition für den Sahel" zu reagieren. In ihrem Strategiepapier "The Sahel: What Needs to Change" (2021) hoben sie zuletzt die Notwendigkeit von Ansätzen hervor, die sich auf den Schutz und die Würde von Menschen konzentriert. Darin argumentieren sie, dass Frieden langfristig nur hergestellt werden könne, wenn staatliche Institutionen, internationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure sich auf die historischen und politischen Dynamiken hinter den Konflikten konzentrieren und entsprechende Handlungsziele entwickeln. In den Fokus stellen sie dabei das Misstrauen in die Regierungen der Sahelstaaten sowie in die internationale Kooperation, die Unterstützung der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen durch humanitäre Hilfe und den Schutz von Gemeinschaften vor Gewalt. Außerdem betonen sie die Wichtigkeit des Kampfes gegen Straflosigkeit (ebd.). Das Justizsystem in den Sahelstaaten ist eine der Hauptursachen für die fragile legitime Basis der Regierung und eine rapide Verbreitung verschiedener Formen von Vergeltung und Selbstjustiz (Kabore & Kalfelis 2021). Eine Aufarbeitung von Gräueltaten und Ansätze zur Versöhnung sind demnach von großer Bedeutung für die Zukunft der Region. Der ruralen sowie urbanen Bevölkerung gleichermaßen Zugang zum Rechtssystem zu gewähren, wäre außerdem eine weitere wichtige Bedingung, um einen durch die Gesellschaft getragenen und historisch informierten Neuanfang zu gestalten. Anstatt sich weiter in Versuchen zu verstricken, das jetzige Staatsmodell zu stärken, wie es im integrierten Ansatz der EU vorgesehen ist, sollten die Regierungen der Sahelstaaten besser darin unterstützt werden, an der Qualität ihrer Beziehung zur Bevölkerung zu arbeiten (Thurston 2021). Nachhaltigen Frieden zu erreichen und eine Verschlechterung der Konfliktsituationen zu verhindern kann weder allein durch militärische Ansätze noch durch den Aufbau bereits gescheiterter staatlicher Kapazitäten gelingen – das hat die Geschichte der internationalen Interventionen im Sahel gelehrt (Johnson 2021; Schmauder 2021). Zukünftig sollten Deutschland und die EU sich stärker darauf konzentrieren, die zivile und politische Gemeinschaft im Sahel dabei zu unterstützen, neue Eckpfeiler für das postkoloniale Staatsmodell zu entwerfen. Das wurde nicht zuletzt durch den wiederholten Militärputsch in Mali deutlich (Sangaré & McSapren 2021).

“ Im Fokus steht das Misstrauen in die Regierungen der Sahelstaaten sowie in die internationale Kooperation.

Bibliographie

Autesserre, S. 2021. *The Frontlines of Peace. An Insider's Guide to Changing the World*. Oxford: Oxford University Press.

Bagayoko, N. 2021. In the Sahel, Terrorists are now Sitting at the Negotiation Table. *The Africa Report*. <https://www.theafricareport.com/67261/in-the-sahel-terrorists-are-now-sitting-at-the-negotiation-table/> (accessed 22.02.2021).

Benjaminsen, T. A. & B. Ba. 2021. Fulani-Dogon Killings in Mali: Farmer-Herder Conflicts as Insurgency and Counterinsurgency. *African Security*: 1-23.

Bertrand, E. 2021. Mobilization, Negotiation, and Transition in Burkina Faso. United State Institute of Peace. <https://www.usip.org/publications/2021/03/mobilization-negotiation-and-transition-burkina-faso> (accessed 01.08.2021).

Bond. 2016. *The Future of Funding. Funding to Support a Thriving Civil Society in the Global South*. <https://www.bond.org.uk/resources/the-future-of-funding> (accessed 27.07.2021).

Carp, S. 2021. Werkstatt für Sinn. Das Festival Récréatoires in Ouagadougou ist mehr als ein Treffen afrikanischen Theaters. *Theater Heute*.

Coalition Citoyenne. 2021. *The Sahel: What Needs to Change. Towards a New People-Centred Approach*. Coalition citoyenne pour le Sahel. <https://www.sahel-peoplescoalition.org/report-sahel-what-must-change> (accessed 20.06.2021).

Daoud, Kamel. 2021. *La Démocratie? Un Complot! JeunesAfrique*. <https://www.jeunesafrique.com/mag/1094660/politique/tribune-printemps-arabes-la-democratie-un-complot/> (accessed 12.06.2021).

De Bruijn, M. (Hg.). 2019. *Biographies of Radicalization. Hidden Messages of Social Change*. Oldenburg: De Gruyter.

De Bruijn, M. & J. Both. 2018. Introduction. *Understanding Experiences and Decisions in Situations of Enduring Hardship in Africa. Conflict and Society. Advances in Research* 4:186-98.

Devermont, J. & M. Harris. 2020. *Rethinking Crisis Responses in the Sahel*. Center for Strategic & International Studies. <https://www.csis.org/analysis/rethinking-crisis-responses-sahel> (accessed 03.08.2021).

DIIS. 2021. *When Jihadists Broker Peace. Natural Resource Conflicts as Weapons of War in Mali's Protracted Crisis*. Danish Institute for International Studies. <https://www.diis.dk/en/research/when-jihadists-broker-peace> (accessed 27.07.2021).

Drechsel, F., B. Engels, and M. Schäfer. 2019. „The Mines Make Us Poor“: Large-scale Mining in Burkina Faso. *GLOCON Country Report No. 2*. <https://www.econstor.eu/handle/10419/226629> (accessed 01.08.2021).

Engels, B. 2020. Gold is not for Eating: Conflicts Related to Gold Mining in Burkina Faso. *The Journal of the Commodity Frontiers Initiative* (1): 1-6.

Engels, B. 2021. *Artisanal Mining – A Necessary Evil: Narratives Legitimizing Large-Scale Mining as a Pathway to Development*. In Melina C. Kalfelis and Kathrin Knodel (Hg.), *NGOs and Lifeworlds in Africa. Transdisciplinary Perspectives*. New York: Berghahn, 153-171.

Green, D. 2016. *How Change Happens*. Oxford: Oxford University Press.

Hagberg, S., et al. 2019. *Securité par le Bas. Perceptions et Perspectives Citoyennes des Défis de Sécurité au Burkina Faso*. Uppsala: Uppsala Universitet.

Hagberg, S., et al. 2021. „Femmes de devant!“ : Combat du leadership féminin au Burkina Faso. Uppsala: Uppsala University.

Harsch, E. 2017. *Burkina Faso: A History of Power, Protest, and Revolution*. London: ZED.

HD. 2019. *Médiation agro-pastorale aux frontières du Mali, du Niger et du Burkina Faso*. Centre pour le dialogue humanitaire. <https://www.hdcentre.org/wp-content/uploads/2019/01/HD-Médiation-agro-pastorale-au-Sahel.pdf> (accessed 01.08.2021).

Hopp, K. 2020. *Between Habit and Legislation: Land Rights in West Africa*. Konrad Adenauer Stiftung. <https://www.kas.de/en/country-reports/detail/-/content/between-habit-and-legislation-land-rights-in-west-africa-1> (accessed 20.07.2021).

HWR 2018. „By Day We Fear the Army, By Night the Jihadists“. *Abuses by Armed Islamists and Security Forces in Burkina Faso*. Human Rights Watch. https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/burkina-faso0518_web2.pdf (accessed 01.08.2021).

ICG. 2019. *Getting a Grip on Central Sahel's Gold Rush*. International Crisis Group <https://www.crisisgroup.org/africa/sahel/burkina-faso/282-reprendre-en-main-la-ruée-vers-lor-au-sahel-central> (accessed 27.07.2021).

ICG. 2021. *Chad: What are the Risks after Idriss Déby's Death?* International Crisis Group. <https://www.crisisgroup.org/africa/central-africa/chad/tchad-quels-risques-apres-la-mort-d-idriss-deby> (accessed 26.07.2021).

Jackson, M. 2017. *How Lifeworlds Work: Emotionality, Sociality, and the Ambiguity of Being*. Chicago: University of Chicago Press.

Johnson, D. 2021. „Die Terrorgruppen sind stark“. Nigers Präsident Mohamed Bazoum ist überzeugt, dass es gegen den islamistischen Terror in Afrikas Sahelzone eine internationale militärische Lösung braucht. *Tageszeitung*. <https://taz.de/Nigers-neuer-Präsident-Bazoum/!5782261/> (accessed 10.07.2021).

Kabore, A., & M. C. Kalfelis. 2021. *Le paradoxe de la violence et de la sécurité. Les civils dans la lutte contre le terrorisme et l'insécurité au Burkina Faso (Koglweogo et VDP)*. In Bowendsom C. V. Ouédraogo (Hg.), *Crise sécuritaire dans les pays du G5 Sahel : comprendre pour agir*. Paris: L'Harmattan, 321-346.

Kalfelis, M. C., & A. Wagner. 2019. *NGO Crossroads*. Dokumentarfilm.

Kalfelis, M. C. 2020. *NGO als Lebenswelt. Transnationale Verflechtungen von Entwicklungsakteuren*. Frankfurt am Main: Campus.

Köhler, F. 2021. Pastoralists and the State...And 'Islamist State' on Eastern Niger's Frontier: Between Evasion and Engagement. *Nomadic Peoples* 25: 59-79.

Kouyaté, B. 2009. Alliances interethniques et onomastique chez les Malinké. *Synergies Afrique Centrale et de l'Ouest* (3): 101-107.

Lierl, M. 2019. Good Governance in Afrika - drei falsche Vorstellungen. GIGA German Institute of Global and Area Studies. <https://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/11571809-promoting-good-governance-africa-three-popular-misconceptions/> (accessed: 18.07.2021).

McGregor, A. 2017. The Fulani Crisis: Communal Violence and Radicalization in the Sahel. *Combating Terrorism Center* (2).

Mednick, S. 2021. Burkina Faso's Secret Peace Talks and Fragile Jihadist Ceasefire. *The New Humanitarian*. <https://www.thenewhumanitarian.org/news/2021/3/11/Burkina-Faso-secret-peace-talks-and-jihadist-ceasefire> (accessed 11.03.2021)

Nunn, N., and E. McGuirk. 2021. How Climate Shocks Trigger Inter-group Conflicts: Evidence from Africa's Transhumant Pastoralists. *VoxDev*. <https://voxdev.org/topic/energy-environment/how-climate-shocks-trigger-inter-group-conflicts-evidence-africa-s-seasonal-migrants> (accessed 01.08.2021).

Osaghae, E. E. 2017. Conflicts Without Borders: Fulani Herdmen and Deadly Ethnic Riots in Nigeria. In P. Aall & C. A. Crocker (Hg.), *The Fabric of Peace in Africa. Looking Beyond the State*. Waterloo: Centre for International Governance Innovation, 49-66.

Ouédraogo, J.-B. 2021. Université Populaire du Faso Yaya Karim Drabo. Des savoirs au service de l'émancipation sociale des citoyens et des citoyennes. Publiert vom Centre National de la Recherche Scientifique et Technologique.

Ouédraogo, S. 2021. An Association for Emerging Technologies and the Bases of its Longevity. The Example of Yam Pukri in Burkina Faso. In M. C. Kalfelis & K. Knodel (Hg.), *NGOs and Lifeworlds in Africa. Transdisciplinary Perspectives*. New York: Berghahn, 41-56.

Rahmane, I. & B. McGann. 2021. Mistrust and Imbalance: The Collapse of Intercommunal Relations and the Rise of Armed Community Mobilization on the Niger-Mali Border. *Resolve Network*. <https://www.resolve.net.org/research/mistrust-and-imbalance-collapse-intercommunal-relations-and-rise-armed-community>. (accessed 23.07.2021).

Sangare, B. 2019. Fulani people and Jihadism in Sahel and West African countries. *Fondation pour la Recherche Stratégique*. <https://www.frstrategie.org/en/programs/observatoire-du-monde-arabomusulman-et-du-sahel/fulani-people-and-jihadism-sahel-and-west-african-countries-2019> (accessed 01.08.2021).

Sangaré, Y. S., and J. J. McSaprrren. 2021. A Tragedy in the Sahel: Why Has the Malian Transition Reached a Dead End? *Wathi*. <https://www.wathi.org/a-tragedy-in-the-sahel-why-has-the-malian-transition-reached-a-dead-end/> (accessed 10.08.2021).

Sarr, Felwine. 2016. *Afrotopia*. Berlin: Matthes&Seitz.

Schareika, N., C. Brown & M. Moritz. 2021. Critical Transitions from Pastoralism to Ranching in Central Africa. *Current Anthropology* 62 (1). Im Erscheinen.

Schmauder, A. 2020. Politisiert Euch! Der Militärputsch in Mali zeigt: Die internationalen Stabilisierungsmissionen greifen zu kurz. Europa muss politische Reformprozesse voranbringen und auf Konditionalität setzen. *Internationale Politik*. <https://internationalepolitik.de/de/politisiert-euch> (accessed 20.08.2021).

Schmauder, A. 2021. Strategic Missteps: Learning from a Failed EU Sahel Strategy. <https://www.clingendael.org/publication/strategic-missteps-learning-failed-eu-sahel-strategy> (accessed 09.11.2020).

Thurston, A. 2021. The Hollowness of „Governance Talk“ in and about the Sahel. *Instituto per Gli Studi di Politica Internazionale*. <https://www.ispionline.it/it/publicazione/hollowness-governance-talk-and-about-sahel-30026> (accessed 27.07.2021).

WBGU. 2020. Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration. *Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen*. <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/landwende> (accessed 27.07.2021).

Weiss, S. 2019. Felwine Sarr: Afrika sollte sich seiner kulturellen Wurzeln besinnen. <https://www.derstandard.de/story/200011639259/felwine-sarr-afrika-sollte-sich-seiner-kulturellen-wurzeln-besinnen> (accessed 10.07.2021).

Über die Autorin

Melina C. Kalfelis arbeitet als Postdoc in der Facheinheit Ethnologie an der Universität Bayreuth. Seit 2016 forscht sie zu den Konflikten in der Sahelzone und legt dabei einen Schwerpunkt auf die Themen Gewalt, Vertrauen und Ethik. Nebenbei arbeitet sie als Fotografin und Filmemacherin.

Impressum

Herausgeber

FriEnt – Working Group on
Peace and Development
c/o GIZ
Friedrich-Ebert-Allee 36
53113 Bonn
Germany
info@frient.de

Autorin

Dr. Melina C. Kalfelis

Redaktion

Kirsten Jantke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts

Mark Mattner

Lektorin

Leona Kolberg

Design

Eps51, Berlin

Oktober 2021